

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 45 / 42. Jg.

8. Nov. 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluss: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5587.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsgesellschaft Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Gewerkschaften und Kommunalwahlen.

Am 17. November d. J. finden in ganz Preußen die Kommunalwahlen statt. Etwas später werden auch in anderen Landesteilen dieselben Wahlen vorgenommen. Die Gewerkschaften haben längst die Notwendigkeit erkannt, auch zu politischen Wahlen Stellung zu nehmen. Die Zahl der unpolitischen Arbeiter und Arbeiterinnen ist noch sehr groß und bei dem bestehenden allgemeinen und gleichen Wahlrecht der über 20 Jahre alten Bevölkerung der Gemeinden sind Überraschungen bei jeder Wahl nicht ausgeschlossen. Diese Überraschungen können für die Arbeiterschaft gefährlich werden, wenn — wie in der gegenwärtigen Wahlkampagne — mit Lügen und Verleumdungen in ausreichendem Maße gearbeitet wird. Dadurch entsteht für die Gewerkschaften die Verpflichtung, für die Aufklärung der breiten Arbeitermassen zu sorgen und das Klasseninteresse in ihnen zu wecken.

Bei den Gemeindewahlen kommt noch hinzu, daß die Wahlbeteiligung immer eine schwache war. Während zu den Reichstagswahlen 80 bis 82 Proz. der Wähler ihr Wahlrecht ausübten, blieben bei den Kommunalwahlen 35 bis 40 Proz. zu Hause. Sie zeigten sich also desinteressiert.

Die Gemeinden werden in der Öffentlichkeit als die Zellen des Staates bezeichnet. Damit wird ausgedrückt, daß sie die ganz besondere Aufgabe haben, bessere soziale und kulturelle Verhältnisse für die Volksmassen zu schaffen. Diese Massen haben nichts als ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft. Um diese zu stärken und zu erhalten, müssen die neuen Wohnviertel so gebaut werden, daß Licht und Luft herein können, um die Krankheiten, insbesondere die Tuberkulose, zurückzudrängen. Die Gemeinden haben auch dafür zu sorgen, daß zu diesen Wohnstätten ausreichende Verkehrsgelegenheiten geschaffen werden, damit insbesondere in den Großstädten die Arbeitszeit der Erwerbstätigen nicht übermäßig verlängert wird. Die in sozialer Not befindlichen Bewohner der Gemeinden werden auf Grund von Staatsgesetzen unterstützt. Auf diese soziale Wohlfahrt, die früher als Armenunterstützung galt, hat heute jeder Bürger berechtigten Anspruch. Auch auf den Gebieten der Schule und der Gesundheit ist die Stadt oder die Gemeinde die Fürsorgerin der breiten Volksmasse. Es besteht also eine enge Verbundenheit mit der Wohngemeinde und daraus entspringt dann auch die Verpflichtung, an dem kommunalpolitischen Leben in der Gemeinde durch aktive Mitwirkung teilzunehmen.

Die politisch fortschrittlichen Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratischen Partei bekennen, haben die Bedeutung kommunalpolitischer Betätigung erkannt. 45 000 Funktionäre dieser Partei sind heute als Bürgermeister, Stadträte, Stadtverordnete und Gemeindever-

treter tätig und wirken für das Wohl der Arbeitermasse. In ca. 100 Gemeinden gibt es eine sozialdemokratische Mehrheit; in weiteren 100 eine sozialistische Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten.

Leider verhindert die Uneinigkeit in der Arbeiterschaft eine enge kommunalpolitische Zusammenarbeit zwischen diesen Arbeiterparteien. Die Kommunisten lehnen überall dort, wo sie in der Minderheit sind, den Haushalt ab und versagen ihre Mitarbeit dort, wo die wichtigsten Aufgaben in den Stadt- und Gemeindevertretungen gelöst werden. Hindernis dieser Zusammenarbeit ist, daß sie der Parole der Parteileitung folgen müssen und nicht aus eigener Überzeugung ihre Entscheidungen treffen können. Nur in den wenigen Gemeinden, wo die Kommunisten allein die Mehrheit haben, arbeiten sie genau so wie die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei.

Diese Uneinigkeit und mangelnde Zusammenarbeit ist die Hauptursache, daß wir in den meisten Gemeinden nicht schon viel mehr erreicht haben. Dadurch mußten die bürgerlichen Mittelparteien für die Entscheidungen mit eingespannt werden und sie erhielten dadurch eine Bedeutung, die weit über die zahlenmäßige Stärke hinausgeht. In einer großen Zahl von Gemeinden erhielten durch diese Uneinigkeit der Arbeiterschaft sogar die extremen Rechtsparteien wieder Einfluß in der Gemeinde. Sie ist zuweilen gefährlich für die Arbeiterschaft dort geworden, wo die extremen Flügelparteien von rechts und links sich zu gemeinsamer Aktion verbündeten. Es gibt Beispiele, wo die äußerste Rechte und Linke unter Ausnutzung der parlamentarischen und geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten Obstruktion getrieben haben. Sie warfen sich, wie man im parlamentarischen Leben sagt, gegenseitig die Bälle zu.

Die bürgerlichen Mittelparteien traten in den verschiedenen Landesteilen je nach der Zahl ihrer Vertreter sehr verschieden auf. Wo die bürgerliche Mitte zur Koalitionsmehrheit gehört, ließ sich meistens eine im sozialen Geiste geführte Politik durchsetzen. Das war z. B. in Berlin trotz einer auch vorhandenen Linksmehrheit möglich. Von dieser Mehrheit der großen Koalition wurde der Haushalt gemacht und alle wichtigen Gesetze und Vorlagen. In den Gemeinden, wo diese Parteien in verschwindender Minderheit sind, haben sie zum Teil eine recht reaktionäre und arbeiterfeindliche Kommunalpolitik getrieben. Alle bürgerlichen Parteien waren aber einig in der Bekämpfung der Gemeinwirtschaft und in der Kritik der öffentlichen kommunalen Betriebe.

Das Volksbegehren und die badischen Landtagswahlen zeigen, daß die reaktionäre Politik der Rechtsparteien noch eine Steigerung erfahren soll, denn die extremen Hakenkreuzler der Völkischen haben Zulauf erhal-

ten. Diese weitere Zersplitterung der Parteien ist nur möglich, weil die Deutschen im allgemeinen ein unpolitisches Volk sind. Um so größer ist auch die Verpflichtung der Gewerkschaften, der politischen Indifferenz der Volksmassen entgegenzuarbeiten. Je mehr es uns gelingt, durch politische Aufklärung die Arbeitermassen zur Erkennung der wirklichen Sachlage zu bringen, um so näher rückt die Einigung der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften haben anlässlich der jetzigen Kommunalwahlen die Verpflichtung, den Arbeitern die Gefahren zu zeigen, die aus politischer Dummheit oder Gleichgültigkeit entstehen können. Sie sind geradezu gezwungen, für die Sozialdemokratische Partei zu wirken, weil die Kommunisten nach ihrer neuesten Parole die Gewerkschaften spalten und wenn sie könnten, sogar zerschlagen wollen. Diese arbeiterfeindliche Bewegung der Kommunistischen Partei gilt es auf das schärfste zu bekämpfen, indem wir überall ihren Einfluß in Reich, Staat und Gemeinden zu vermindern suchen. Die Mitglieder in den Gewerkschaften haben deshalb auch erkannt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die auch in der Kommunalpolitik mit einem bestimmten Programm für das Wohl der breiten Masse der Bevölkerung eintritt.

Aus dem wichtigsten Aufgabengebiet der Städte soll kurz an einigen Vorgängen das Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen gezeigt werden. Die wichtigste kommunalpolitische Arbeit in jedem Jahre stellt die Aufstellung und Balancierung der städtischen Haushalte dar. Nach der Erzbergerschen Finanzreform haben die Städte kein selbständiges Entscheidungsrecht über ihre Einnahmen; auf den Teil der Überweisungssteuern von Reich und Staat haben sie keinen Einfluß. Die Länder haben den Gemeinden in den letzten Jahren große Aufgaben neu zugewiesen, ohne ihnen ausreichende Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. So müssen die Gemeinden in übermäßiger Weise die Realsteuern anspannen und auch aus städtischen Werken und Betrieben Mittel herausziehen, die sonst zur Verbilligung der Tarife dienen könnten. Auch die Sozialdemokratische Partei mußte diese Wege beschreiten, um die ungeheuren Mittel frei zu bekommen für soziale und kulturelle Aufgaben. Die Ausgaben für gemeindliche Fürsorge der Wohlfahrtsempfänger, der Sozial- und Kleinrentner, der nicht unterstützungsberechtigten Arbeitslosen und noch vieler anderer Gruppen sind so hoch, daß anders dazu die Mittel nicht beschafft werden können. Es gibt viele Städte, darunter auch Großstädte, die selbst für diese laufenden Unterstützungen aus dem ordentlichen Haushalt schwebende Kredite aufnehmen mußten, um nur das Geld für die Auszahlungen beschaffen zu können. Daneben laufen die großen Ausgaben für Gesundheitspflege der Kinder, der Jugendlichen und der

Erwachsenen. Kinderspeisung, Jugendheime und Krankenhäuser erfordern große Mittel, die aus den Steuermitteln überhaupt nicht zu beschaffen sind. Auch für Straßenbauten und den Neubau der Schulen müssen, weil ganz neue Wohnviertel entstehen, Riesenaufwendungen gemacht werden.

Alle diese Ansprüche werden zu einer Zeit gestellt, wo die Finanzverhältnisse in Deutschland in Reich, Staat und Gemeinden die denkbar ungünstigsten sind. Wenn es trotzdem in den meisten Städten gelungen ist, erhebliche Mittel dafür frei zu bekommen, so kennzeichnet das Initiative, parlamentarische Geschicklichkeit und Kenntnis der verwaltungsmäßigen Erledigung. Je mehr es uns gelingt, die Verwaltung zu demokratisieren und mit Vertretern der Arbeiterschaft zu durchsetzen, um so wirkungsvoller wird diese Kommunalarbeit werden.

Das größte Problem der gemeindlichen Arbeit ist der Wohnungsbau. Die Wohnungsnot ist in Deutschland überall groß. Wenn trotzdem im Jahre 1928 360 000 Wohnungen gebaut worden sind und diese Zahl 1929 wahrscheinlich noch überschritten wird, so zeigt sich, daß mit den Mitteln der Hauszinssteuer die Städte das Problem angepackt haben. 3¼ Milliarden Mark sind für den Wohnungsbau verwendet worden. Eine sehr hohe Summe, wenn wir bedenken, daß der Überschub der gesamten Volkswirtschaft in Deutschland jährlich nur auf 6 bis 7 Milliarden Mark geschätzt wird. Trotzdem besteht überall noch eine große Wohnungsnot. In einigen Großstädten ist die Lage infolge Zuzuges sogar katastrophal. Hier müssen Gemeinde und Gemeindevertretungen fordern, daß Reich und Staat helfend eingreifen. Auch nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen wird der Wohnungsbau das Problem bleiben, dem die Hauptkraft der Tätigkeit zugewendet werden muß.

Die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der Privatwirtschaft führen gegenwärtig einen großen Kampf gegen Kommunalwirtschaft und öffentliche Wirtschaft. Sie benutzen die Finanznot der Städte, um sich in den Besitz der Monopolbetriebe zu setzen. Ein großes Geschrei über Korruption wird angestimmt, obwohl nirgends mehr Korruption herrscht als in der Privatindustrie. Der Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen Betriebe gilt aber der Arbeiterschaft. Diese will durch die Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Verkehrsbetriebe der breiten Bevölkerungsmasse billige Tarife schaffen. Bei der Konkurrenz mit den Betrieben der Privatwirtschaft sehen die Kapitalisten ihre Dividende schwinden und deshalb geht der Kampf um diese Gemeindebetriebe. Deshalb werden auch den Gemeinden durch die Geldgeber Kredite verweigert, um das Tempo dieser Entwicklung zu drosseln. Hier sollten sich die Gemeinden durch solidarische Selbsthilfe gegenseitig unterstützen, um dem Angriff der Privatwirtschaft wirksam begegnen zu können.

Die Mitglieder der Gewerkschaften haben die Verpflichtung, sich um die kommunale Arbeit der Städte und Gemeinden zu kümmern und wirksam mitzuarbeiten. Sie können das am besten tun, indem sie für die Arbeiterpartei am 17. November, und in anderen Ländern etwas später, eintreten, die als die wirksamste Klassenvertreterin der Arbeiterinteressen betrachtet wird. Die Kollegen also müssen ihren Stimmzettel abgeben für die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands!*

Der Gedenktag der Revolution.

Im Jahre 1851, drei Jahre nach der deutschen Revolution von 1848, in einer Zeit, in der die Reaktion mit brutaler Gewalt gesiegt hatte und die Freiheitsbewegung des Volkes im Blute erstickt worden war, schrieb Ferdinand Freiligrath sein gewaltiges Gedicht „Die Revolution“. Er läßt sie, wie den Gott der Reichen, mit düsterem Prohezeien sprechen: „Ich bin, ich war, ich werde sein!“ Und er singt dann über ihre Zukunftsmission:

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn!
Befreierin und Rächerin und Richter, das Schwert entblößt,
Aufrecken den gewalt'gen Arm werd' ich, daß er die Welt erlöst!

Diese dichterische Prohezeiung ist wenigstens in ihrem ersten Teile Wahrheit geworden: Am 9. November 1918 stand die Revolution auf den Kronen der Gewalthaber und mit einem Sturmstoß wurden diese selbst hinweggefegt. Die neue deutsche Revolution gebar die deutsche Republik, die am 11. August 1919 durch die Weimarer Verfassung verankert wurde. Am 9. November feiert das deutsche Volk den Geburtstag der deutschen Republik!

Der Deutsche hat viele schwere Fehler; einer der schlimmsten ist seine leichte Vergeßlichkeit. Daher bringen es nationalistische Verdrehungskunst und kleinlich nörgelnder Spießbürgergeist heute fertig, die Revolution nicht mit uns als einen lichten Tag der Befreiung zu bejubeln, sondern sie als einen schwarzen Tag der Schmach zu begehren. Durch die Revolution erst soll Deutschland ins Unglück gestürzt worden sein. So wird geflissentlich Ursache und Wirkung miteinander verwechselt und der Konkursverwalter des Krieges für den Kriegsbankrott verantwortlich gemacht. Denn tatsächlich brachte ja doch der „Große Krieg“ das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes. Er sollte nach dem Urteil der imperialistischen Kriegsführer ein Jungbrunnen, ein Stahlbad sein — er wurde ein „Stahlbad“, das uns fast vernichtete! Aber die kriegsschuldigen Reaktionenäre lügen und der Spießbürger glaubt es: Die Revolution ist schuld, obwohl alle Leiden und Lasten unter denen wir seit dem August 1914 stöhnen und die wir heute noch zu tragen haben, im Kriege und nur im Kriege ihren Ursprung haben!

Oder hat etwa erst die Revolution die Rohstoffe aufgesaugt, Eisen, Kohlen, Textilien vergedet, so daß wir heute noch Mangel daran leiden? Nur der Krieg verschuldete den Raubbau, der in den Erz- und Kohlenbergwerken getrieben worden ist, so daß wir mehr als ein Jahrzehnt nach seiner Beendigung noch unter Mindererträgen leiden. Der unersättliche Krieg fraß die Metalle und sonstigen Stoffe. Ihm mußten doch sogar die Kochtöpfe aus den Küchen, die Glocken von den Kirchtürmen, die patinierten Kupferdächer alter Bauten geopfert werden.

Hat die Revolution vielleicht die Hungersnot verschuldet, die uns noch lange nach dem Kriege quälte und die auch heute noch große Volkskreise zu Krankheit und Siedtum verdammt? Der Krieg allein führte zur Blockade der deutschen Grenzen und zwang zum Raubbau am deutschen Boden, der bis aufs äußerste ausgenutzt und ausgelugt wurde, damit er wenigstens das Mögliche an Feldfrüchten hergab. Auch heute sind die Folgen dieses Raubbaues noch nicht ganz überwunden.

War es die Revolution, die die Menschen körperlich und geistig verelendete, ihre körperliche Leistungsfähigkeit und ihre seelische Spannkraft untergrub? Hat sie das sittliche Empfinden im Volke unterhöhlt? Der Krieg allein hat die physische und psychische Gesundheit des Volkes geschwächt, der Lungenschwindsucht und der Syphilis den Boden bereitet, die Kriminalität unheimlich gesteigert und besonders auch große Teile unserer Jugend vor den Strafrichter getrieben: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.“

Mit der Revolution begann die Überwindung all dieser verheerenden Kriegswirkungen und Kriegsnachwirkungen, zu denen ja doch auch die Sumpflüthe der Inflation gehörte. Erst die Revolution hat das soziale Gewissen neu geweckt; sie war die heilsame Kraft, die das zusammengebrochene deutsche Volk erst wieder auf die Beine gebracht hat.

Am 9. November 1918 zerbrach das maßlos drangsalierte und belogene Volk alle Fesseln. Es machte sich frei von den Schuldigen am Kriege und den Kriegsverlängerern, frei von jeder politischen Unterdrückung und Bevormundung. Es nahm seine Geschicke selbst in die Hand durch den Sieg der Revolution. Diese legte von heute

auf morgen die Monarchie in Deutschland und ihre großen und kleinen Kronenträger hinweg und errang mit einem Schlage die volle politische Gleichberechtigung aller deutschen Männer und Frauen. An die Stelle des monarchistischen, halbabsoluten Herrschaftsystems trat die freie Republik auf demokratischer Grundlage.

Diese politische Umwälzung schuf auch die Voraussetzungen für die Überwindung der wirtschaftlichen Unfreiheit. Der Sieg der politischen Demokratie machte den Weg frei zur wirtschaftlichen Demokratie und für die Überwindung der Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft, des Kapitalismus durch den Sozialismus. Freilich sind wir noch weit von diesem Ziele entfernt, aber wenn wir den freigewordenen Weg zielsicher weiter verfolgen, dann werden und müssen wir es erreichen. Der Wille der Volksmehrheit wurde oberstes Gesetz. An uns liegt es, diese Volksmehrheit, diese Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, für den gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu gewinnen, damit sie bei den Wahlen ihre Stimmen nicht nur für die Demokratie, sondern auch für den Sozialismus in die Waagschale werfen. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohlan!“ Die Revolution brachte uns das freie Wahlrecht. Mit seiner Hilfe werden wir durch die Demokratie zum Sozialismus gelangen!

Freilich werden bis zu diesem Ziele noch harte und zähe Widerstände zu überwinden sein. Die Unvernunft großer Schichten der wirtschaftlich Abhängigen, die sich von der Reaktion für ihre Bestrebungen mißbrauchen lassen, ist eines der schwersten Hemmnisse für ein schnelles Vorwärtkommen. Noch immer gilt der Satz des Sozialistenmarsches:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht!

Dieser Unverstand führt dem Stahlhelm und dem Hakenkreuz die Mitglieder zu und macht sie zu Prätorianern der Reaktion. Er läßt gewisse Volksschichten einstimmen in den Ruf nach dem starken Mann, der Deutschland aus dem Sumpf ziehen soll, in den es durch die Führung anderer solcher „starker Männer“ erst geraten ist. Obigen: Wie jämmerlich und schwächlich ist doch dieses Geschrei! Aufrechte Menschen verzichten darauf, sich sklavenselig unter einen fremden Willen zu beugen, der ihnen das eigene Denken erspart, der sie gängelt und leitet. Besonders fühlen sich die klassenbewußten werktätigen Massen stark genug, um ihr Geschick selbst zu bestimmen und den als recht erkannten Weg unbeirrt bis zum Ziele vorwärts zu schreiten.

Am 9. November, dem Gedenktage der deutschen Revolution, eint sich die große Mehrzahl des werktätigen Volkes erneut in dem festen Willen und Gelöbniß, die demokratische Republik immer mehr zu befestigen und freihellich auszugestalten und alle ihre Einrichtungen im gemeinwirtschaftlichen Sinne und Geiste weiter zu entwickeln. Der 9. November 1918 hat die feste Grundlage für dieses Wirken geschaffen. Die Mehrheit des Volkes besteht aus seinen schaffenden Kräften: Arbeitern, Angestellten, Beamten. Sie alle müssen bis zum letzten Mann für das Ziel der klassenbewußten werktätigen Massen gewonnen werden. Dann wird sich das Wort erfüllen: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“ — der volle Sieg der demokratischen und sozialistischen deutschen Republik!

P. B.

49 Aufsichtsräte erhalten 3,2 Millionen Mark.

Daß die Aufsichtsratsmitglieder großer Gesellschaften hohe Bezüge erhalten, ist bekannt. An der Spitze dürfte wohl die IG. Farbenindustrie AG. stehen. Die Aufsichtsratsmitglieder dieser Gesellschaft erhalten 5 v. H. der Dividendensumme, die sich aus einer Dividende von mehr als 4 v. H. ergibt. Auf Grund dessen kommt für das verflorsene Jahr die nette Summe von 3,2 Mill. Mk. heraus. Dieser Betrag wird unter 49 Aufsichtsratsmitglieder aufgeteilt. Es ist nicht bekannt, ob die Verteilung gleichmäßig geschieht. Ist das der Fall, dann erhält jedes Mitglied pro Jahr 65 000 Mark. Diese riesenhafte Entschädigung wird an Leute bezahlt, deren Tätigkeit sich zum Teil durch die Teilnahme an den Sitzungen erschöpft. Einige Mitglieder mögen eine stärkere Tätigkeit für die Gesellschaft entfalten. Auf alle Fälle kann man die Aufsichtsratsmitglieder der IG. Farbenindustrie zu den Glückspilzern der gegenwärtigen Zeit rechnen. Die Arbeiter der IG. Farbenindustrie werden eine solche Noblesse gegenüber den ersten Organen der Gesellschaft mit gemischten Gefühlen betrachten. Bezeichnend ist es, daß die letzte Generalversammlung der IG. Farben eine Erhöhung der tantiemenfreien Vordividends, also eine Kürzung der Aufsichtsratsantienemen ablehnte.

RECHT UND GESETZ

Wichtige Probleme der Sozialpolitik.

Wie auch der Wirtschaftslauf sich gestaltet, immer steht die Sozialpolitik in vorderster Linie. Die Lage der arbeitenden Klassen ist nun einmal das wichtigste Problem der menschlichen Gesellschaft, seitdem die größte Mehrzahl derselben in den großen Industriestaaten aus Lohn- und Gehaltsempfänger besteht. Diese Tatsache wird einem recht klar, wenn man versucht, auf die am 24. und 25. Oktober in Mannheim stattgefundene **Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform** einen Rückblick zu geben. Diese Gesellschaft ist bekanntlich eine lose Vereinigung von sozialpolitisch eingestellten Personen, von Wissenschaftlern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Krankenkassen und sonstigen Organisationen. Man findet sich hier zusammen, um einmal von einer gemeinsamen Plattform die drängenden Probleme der Sozialpolitik zu betrachten. Es braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, daß die Zweckbestimmung obiger Gesellschaft grundverschieden ist gegenüber der der Vorkriegszeit. Damals handelte es sich darum, der Sozialpolitik die Wege zu ebnen, sie herauszunehmen aus den kleinteiligen Interessenkämpfen. Heute ist sie zum Primat des gesellschaftlichen Lebens geworden. Vieles von dem, was früher gefordert wurde, ist längst verwirklicht. Ausgehend von dieser Tatsache hat nicht nur eine solche Vereinigung wie die Gesellschaft für soziale Reform, sondern auch deren Kongresse eine andere Bedeutung. Trotzdem nehmen die Gewerkschaften an ihr teil, weil sie auch heute noch jede Gelegenheit unterstützen, soziale Forderungen vor der breitesten Öffentlichkeit zu behandeln.

In Mannheim handelte es sich um zwei Dinge, einestheils um das Schlichtungswesen und zweitens um das Problem „Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“. Auf die Bedeutung des Schlichtungswesens wies bereits der Vorsitzende der Gesellschaft und des Kongresses, Exzellenz von Noitz, in seiner Eröffnungsrede hin. Wenn, wie im Jahre 1928, rund 20 Millionen Arbeitstage infolge von Streiks und Aussparungen verloren gehen, dann ergibt sich die dringende Notwendigkeit, in diese harten Arbeitskämpfe schlichtend einzugreifen. Die Gesellschaft hat gut daran getan, einen der besten Kenner des Schlichtungswesens, den bekannten Arbeitsrechtler, Professor Dr. Sinzheimer, als Referenten über das Schlichtungswesen zu gewinnen: Sowohl inhaltlich wie rhetorisch war die Rede Sinzheimers eine Leistung. Wenn wir den Versuch machen, die von ihm behandelten Probleme zusammenhängend in ihren Grundgedanken herauszustellen; so ergibt sich folgendes:

Der Begriff der Wirtschaft und diese selbst haben sich gewandelt. Man kann nicht mehr nur von einer reinen Privatwirtschaft aber auch nicht von einer sozialistischen Wirtschaftsform reden. Die wirtschaftlichen Vorgänge sind keine Domäne privater Personen mehr, sondern durchaus öffentliche Angelegenheiten. Die Funktionen der Wirtschaft werden nicht mehr individualistisch geleitet, sondern sehr weitgehend kollektivistisch beeinflusst. Kollektive Machtgruppierungen und nicht mehr allein Einzelpersonen entscheiden über große und weittragende Wirtschaftsvorgänge. Angesichts dieser Entwicklungs Tatsachen kann es nicht mehr verantwortet werden, daß die Lohnfestsetzung nach rein individualistischen Voraussetzungen geschieht. Lohn- und Preisbildung sind öffentliche Angelegenheiten geworden und berühren die Gesamtheit der Staatsbürger. Der Kern des Streitiges dreht sich um die Berechtigung des staatlichen Eingriffes. Das Schlichtungswesen an sich hat überhaupt keine Gegner. Die Geister scheiden sich aber bei der Frage der amtlichen Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen. Weite Kreise des Unternehmertums fordern die grundsätzliche Freiheit bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das sind Forderungen der Schule des alten Liberalismus und dies zu einer Zeit, wo Privatmonopole weite Gebiete der Wirtschaft und private Machtgruppen öffentlich weite Gebiete des gesellschaftlichen Lebens beherrschen. Wenn es auch in manchen Gewerben nicht so leicht möglich sein wird, die hier vorhandenen starken Gewerkschaften zu überrennen, so gibt es doch Wirtschaftsbereiche, wo die vollständige Freiheit im Arbeitskampf zur schweren Niederlage der Arbeiterschaft führen würde. Der Staat muß sich also das Recht vorbehalten, in die Lohnfestsetzung entscheidend einzugreifen.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Gewerkschaftsvertreter sich mit den Ausführungen Sinzheimers in ziemlicher Übereinstimmung befinden. Dies wurde auch in der Diskussion zum Ausdruck gebracht. Es sprachen neben Nörpel vom ADGB, und Schweitzer vom Butab noch eine Reihe weiterer Gewerkschafter anderer Richtungen. Den Standpunkt der Unternehmer arbeitete der zweite Referent, der Bonner Professor v. Bek-

kerath, heraus. Er setzt sich für die Beseitigung der Zwangsschiedssprüche ein. Der Staat habe nicht das Recht, in die Arbeitskämpfe einzugreifen. Unterstützt wurde diese Auffassung durch verschiedene Redner aus dem Unternehmerlager. Am eindringlichsten geschah dies durch Dr. Grauert, einem maßgebenden Mann des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe der westdeutschen Stahlindustrie. Eigentümlich ging dieser Mann von liberal schillernden Grundgedanken aus, wohingegen doch diese Industrie schon 40 Jahre die Ideen der liberalen Schule verlassen hat. Er vertrat den Standpunkt, daß Tarifverträge allein in freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften zustande kommen müssen. Die Herren der Schwerindustrie mußten bekanntlich erst als Tarifkontrahenten in der Nachkriegszeit erzoget werden. Sie sind noch heute keine Anhänger geworden, sondern ziehen den freien Arbeitsvertrag immer noch vor. Aber gegenüber dem staatlichen Schlichtungswesen wählen sie lieber das kleinere Übel.

Von mehreren Seiten behandelt wurde die Frage „Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“. Der Referent hierzu, Professor Götz Briefs, versuchte eine einheitliche Linie herauszuarbeiten. Man hatte keineswegs das Gefühl, daß ihm dies gelungen sei. Ihm zur Seite traten eine Reihe Professoren wie Hellpach, v. Schulze-Gaevernitz u. a. Aber auch sie vermochten nicht das Gefühl der Einmütigkeit in dem aufmerksamen Zuhörer wachzurufen. Eine Reihe durchaus interessanter Gesichtspunkte trat wohl zutage. Z. B. schlug Prof. v. Schulze-Gaevernitz vor, daß die großen Exportindustrien mit ihrer Arbeiterschaft ein Bündnis schließen sollten, um den Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt zu forcieren. Lebendigkeit kam in die Versammlung, als Tarnow die Forderungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Wirtschaft herausstellte. Er wies auf die bekannten Erfolge der Rationalisierung hin und betonte die Notwendigkeit, daß die Massen endlich einmal von den Erfolgen dieser Umstellung etwas merken müßten. Die Kapitalbildung spiele eine große Rolle, doch wichtiger als die Schaffung von neuem Sachkapital sei es, die vorhandenen Anlagen voll zu beschäftigen. Von einer anderen Seite packte der Kollege Franz Splied vom ADGB die Frage an. Er betonte die Bereitwilligkeit seitens der Gewerkschaften, Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Dazu sei es aber notwendig, in ehrlicher Absicht an diese Frage heranzutreten. Weil diese Absicht nicht immer vorhanden war, seien die Versuche fehlgeschlagen. Wenn in Deutschland die Arbeitslosigkeit sich zur Dauer-einrichtung auswächst, muß die Verkürzung der Arbeitszeit zur praktischen Tagesfrage werden. Die Gewerkschaften werden das Problem der Fünftagewoche in Zukunft mehr denn je in den Mittelpunkt praktischer Erörterungen und öffentlicher Forderungen stellen. Recht interessant war auch eine Bemerkung von Fräulein Frida Wunderlich, daß heute eigentlich niemand mehr an der Berechtigung der Sozialpolitik zweifelte, während noch in den Jahren 1922-24 die Frage gestellt worden sei, ob eine so schlecht dastehende Wirtschaft wie die deutsche überhaupt Sozialpolitik treiben dürfe.

Kurzum, von vielen Seiten her wurde an die großen Probleme Sozialpolitik, Wirtschaft und Schlichtungswesen herangegangen. Die öffentliche Erörterung solcher Dinge ist zweifellos sehr wichtig. Doch worauf es letzten Endes ankommt, ist die Frage, welche Macht kann den Forderungen nach einer Verbesserung der Sozialpolitik drängend und stoßend zur Seite gestellt werden. Leider gibt es Teile der Arbeiterschaft, die es noch nicht eingesehen haben, daß allein die Gewerkschaften hierzu in der Lage sind.

Die Ursachen der Betriebsunfälle.

Über die Ursachen der Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften veröffentlichte das Statistische Reichsamt kürzlich eine Zusammenstellung, die für die Beurteilung der Unfallvorgänge nicht ohne Bedeutung ist. Es sind darin die Betriebs-einrichtungen und Vorgänge nur zu einem Teil angeführt, und das ist schade, weil man so über die eigentlichen Ursachen recht wenig erfährt. Die vielen Umstände und Einzelheiten, die der Tragödie vorangingen und die oft den Ausschlag für das traurige Ereignis geben, bleiben unberücksichtigt. Durch Handwerkszeug oder beim Transport verunglückt, kennzeichnet höchstens die Art des Unfalles, sagt aber nichts über die näheren Umstände, und die zu wissen, ist eigentlich das wichtigste. Auch vermißt man die Gegenüberstellung mit früheren Jahren, es hätte sich daran feststellen lassen, in welchem Umfange sich die Unfälle beim Transport, bei Arbeitsmaschinen oder auf dem Wege von und zur Arbeit vermehrt haben.

Die Zahl der Unfälle und ihre Folgen entwickelte sich nach der Aufstellung seit dem Jahre 1888 in rasch aufsteigender Linie. Bei einem Versichertenbestand von 4,3 Mill. Personen im Jahre 1888 ereigneten sich rund 121 000 Unfälle. Bis zum Jahre 1927 stieg die Zahl der Versicherten auf 11,3 Mill., die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug rund 1 Million. Viele Unfälle kommen überhaupt nicht zur Anmeldung, und zwar wenn es sich um kleine Verletzungen handelt. Die Arbeiter glauben, sich selbst kurieren zu können, bis es nachher zu spät ist, etwas versäumt wurde und Folgen sich einstellen, die dann als Unfall nicht anerkannt werden.

Die Folgen der Verletzungen zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Tod	völlig erwerbsunfähig	teilweise erwerbsunf.
1888	2945	1886	13 960
1890	3597	1869	20 937
1900	5108	592	45 957
1910	5292	453	63 566
1920	5961	238	47 277
1925	5285	463	50 306
1926	4873	457	54 544
1927	5298	433	55 322

Daran zeigt sich zunächst, daß die Zahl der tödlichen Unfälle zwar zahlenmäßig gestiegen ist, im Verhältnis zur Versichertenzahl aber erheblich zurückgegangen ist. Von 1000 Versicherten wurden, prozentual berechnet, 1888 0,68 getötet, im Jahre 1927 noch 0,47. Dagegen zeigt die Entwicklung bei den völlig Erwerbsunfähigen ein eigentümliches Bild. Es scheint, daß die Praxis des Arbeitsfähigkeits-schreibens von Jahr zu Jahr schärfer wird, und nur noch da völlige Erwerbsunfähigkeit sieht, wo Arme und Beine zusammen verloren gingen.

Die Mehrzahl der Unfälle ereignete sich beim Waren- und Gütertransport. Insgesamt ereigneten sich im Transportwesen rund 224 000 Unfälle, davon verliefen 1374 tödlich. Beim Auf- und Ab-laden von Gütern und Heben und Tragen ereigneten sich 150 000 Unfälle, davon waren 198 tödlich. Der feldbahnmäßige Eisenbahnbetrieb forderte 21 500, der Eisenbahnbetrieb auf festem Geleise 16 200 Unfälle. An Arbeitsmaschinen ereigneten sich 117 000 Unfälle. Beim Fall von Leitern, Treppen und aus Luken usw. verletzten sich 111 900 Personen. Zusammenbrüche und Einstürze, Um-fallen und Herabfallen von Gegenständen forder-ten 70 500 Verletzte. Mit Handwerkszeug verletz-ten sich 51 200. Auf dem Wege von und zur Ar-beit kamen 37 800 zu Schaden, davon waren 412 Unfälle tödlich. Durch Gase und feuergefährliche Stoffe wurden 43 200 Personen verletzt. Durch Tiere herbeigeführte Unfälle ereigneten sich 7 000, in der Rohstoffgewinnung 6 600, in Kraftübertra-gungs- und Erzeugungsanlagen 9 200, in Schweiß- und Schneideanlagen 2 600, durch Explosivstoffe 523, durch Koch- und Druckapparate 329 und ver-schiedene Unfälle 121 000. Die tödlichen Unfälle an Arbeitsmaschinen betragen 213, beim Fallen von Leitern usw. 635.

Hieran zeigt sich, wo die hauptsächlichsten Gefahrenquellen für den Arbeiter liegen. Die ras-pide Steigerung der Unfälle erfordert eine erhöhte Verschärfung der Schutzvorschriften. Der Unter-nnehmer macht sich die Erklärung der Unfallstei-gerung in der Regel sehr leicht, er schiebt alles auf die Unachtsamkeit der Arbeiter ab. Daß es nicht so ist, daß die Antreiberei, die Akkordschuf-terei, teilweise der veraltete Maschinenpark, das schlechte Werkzeug, die schlechte Betriebs-einrichtung, Übermüdung und viele andere Umstände die Hauptursachen sind, wird von den Unternehmern nicht zugegeben. Aber die wachsende Rationali-sierung erfordert eine weit größere Schonung der Arbeitskraft, wenn die Unfälle nicht ins Ungeheu-erliche steigen sollen. Zeigt sich doch, daß ins-besondere in den letzten Jahren die Unfallziffer ganz gewaltig gestiegen ist. Folgende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung seit 1888:

Jahr	Versicherte Personen	Zahl der Verletzten
1888	4 320 700	121 100
1890	4 926 700	149 100
1900	6 928 900	310 100
1910	9 381 900	484 000
1920	9 537 400	433 000
1925	10 854 100	652 800
1926	9 948 300	753 600
1927	11 391 400	1 010 400

Danach ist die Zahl der Unfälle seit 1920 ge-radezu enorm gestiegen. Rund 570 000 Unfälle er-eyneten sich im Jahre 1927 mehr als im Jahre 1920. Diese rapide Vermehrung läßt erkennen, welcher Raubbau heute getrieben wird. Inzwi-schen ist die Zahl der Unfälle sicherlich noch mehr gestiegen, ohne daß die Schutzvorschriften wes-entlich verschärft wurden. Selbst der geringe Ausbau der Gewerbeaufsicht stieß auf den Widerstand der Unternehmer. E. N.

VERBAND UND BERUF

Ergebnis des Preisausschreibens.

Auf unser Preisausschreiben in Nr. 36 der „Gr. Pr.“ sind rechtzeitig 112 Entwürfe zu Lehrbriefen und 67 Entwürfe zu Ausweiskarten eingegangen. Nicht fristgemäß gingen noch je zwei Lehrbriefe und zwei Ausweiskarten ein, die der Bewertung nicht mit unterliegen konnten. Im ganzen sind demnach 183 Arbeiten eingegangen. Die sehr erfreulich starke Beteiligung betrachten wir als ein Zeichen dafür, daß unsere Weiterbildungsbestrebungen größere Kreise ziehen. Das Preisgericht ist am 30. Oktober im Ausstellungsraum des Hilfensverbandes zusammengetreten und hat folgende Bewertung erteilt:

Lehrbriefe:

3. Preis: Emil Reinke, Potsdam.
4. Preis: Adolf Schlichte, Leipzig.
5. Preis: Heinz Reuter, Elberfeld.

Lobende Erwähnungen:

- Kurt Bärwinkel, Leipzig.
L. v. Boenigk, Leipzig-Gautzsch.
Peter Thanscheidt, Nürnberg.
H. v. Majewski, Berlin.
Jacob Stark, Ulm a. d. D.

Weiter lobende Erwähnungen:

- Franz Fuchs, Dresden-Neustadt.
H. Soutier, Mainz.
A. Oeser, Hannover.
Hermann Haug, München-Pasing.
Oswald Wernicke, Augsburg.
Anton Meier, München.
Kurt Röhlig, Niederhaßlau b. Zwickau.
Rudolf Zeidler, Zwickau i. Sa.
Curt Seebach, Aachen.
Emil Reinke, Potsdam.
Adolf Schlichte, Leipzig.
Paul Jäsche, Breslau.

Ausweiskarten:

1. Preis: Heinz Weisse, Berlin-Neukölln.
2. Preis: Kurt Weisse, Frankfurt a. d. O.
3. Preis: Emil Reinke, Potsdam.
4. Preis: Helmuth Striepe, Erfurt.
5. Preis: Anton Macioszyk, Misburg bei Hannover.

Lobende Erwähnungen:

- Rudolf Krum, Wiesbaden.
Gustav Schulmeister, Weimar i. Th.
Georg Rössler, Berlin.
Heinz Hensel, Berlin-Neukölln.
H. v. Majewski, Berlin.

Bei der Bewertung der Lehrbriefe hat das Preisgericht den 1. und 2. Preis nicht ausgeworfen, weil keine der Arbeiten vollkommen den gestellten Erwartungen entsprach. Es wurde vielmehr beschlossen, die drei Preisträger für den Lehrbrief und die beiden ersten lobend Erwähnten aufzufordern, sich durch eine neue Arbeit um den 1. und 2. Preis bis zum 20. November erneut zu bewerben. Da unter den Arbeiten noch eine größere Zahl vorhanden war, die wegen ihrer sauberen Ausführung und ihres geistigen Inhaltes zu loben waren, hat der Hilfensverband noch eine größere Zahl Bücherpreise ausgeworfen. Besonders bemerkenswert ist die Arbeit eines Lehrlings im ersten Jahre. Die von dem jungen Mann bekundete Entschlossenheit wurde vom Preisgericht außerhalb des Ausschreibens besonders bewertet.

Wir danken nicht nur den Preisträgern, sondern auch den vielen Mitarbeitern bestens für ihre Mühe. Die Arbeiten werden vom 12. bis 30. November im Ausstellungsraum des Hilfensverbandes öffentlich gezeigt. Sie können dann von Mitgliedschaften, die über genügend große Räume verfügen, zu geschlossenen Ausstellungen verlangt werden. Später nehmen sie dann ihren Weg als Rundsendungen durch die Mitgliedschaften.

Das Tarifamt für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13, II.

Seltene Gewerbeförderer.

In der Tschechoslowakei ist ein Pensionsversicherungsgesetz verabschiedet worden, daß die Pensionsversicherungspflicht nur für bestimmte, in der Hauptsache geistige und zeichnerische tätige Arbeiter vorsieht. Daraus hat sich ein Streit darüber ergeben, ob die Lithographen pensionsversicherungspflichtig sind oder nicht. Die Gehilfen bejahen dies Pflicht und der Verband der deutschen Steindruckereibesitzer der tschechoslowakischen Republik verneint sie. Nicht die Verneinung, sondern die Art der Verneinung veranlaßt uns, zu diesem Streit Stellung zu nehmen, weil wir darin eine Herabsetzung der Gewerbeleistungen erblicken, wie man sie sich gewerblich bedingender gar nicht denken kann. Die Herabsetzung der Leistungen der Lithographen und die unglückliche Schädigung des Gewerbes liegt in folgendem Protokoll, das in der Firma R. Neubert u. Söhne, graphischer Kunstbetrieb in Smichow, über die Art

der Beschäftigung der Lithographen und Retuscheure aufgenommen worden ist und vom Verband deutscher Steindruckereibesitzer der Tschechoslowakei als Musterbeispiel der Ablehnung der Versicherungsansprüche der Lithographen empfohlen wird:

„Grundlage der lithographischen Arbeit ist die durch den Zeichner oder Maler angefertigte Vorlage. Die Reproduktion der Vorlagen geschieht auf zwei Arten. Die meistgebräuchliche Art ist der photomechanische Prozeß. Die Vorlage wird auf eine empfindliche Platte photographiert in der Weise, daß die einzelnen Farben aus der Vorlage photographiert und aus dem Negative auf die Druckplatte kopiert werden. Die so angefertigten Negative stellen schon in allen Details, in der Zeichnung wie auch in der Schattierung der Farben, die bezügliche Vorlage dar. Die lithographische Tätigkeit bei diesem Arbeitsprozeß beschränkt sich nur auf die anfällige Retusche entweder des Negatives oder der Kopie auf die Druckplatte. Diese Retusche gibt (wenn dies notwendig ist) eine Verschwächung oder Verstärkung einzelner Partien des Negatives oder der Kopie wieder. Diese Retusche stellt sohin keinerlei Zeichnung dar, auch nicht, wenn sie mit Bleistift, Gravierstift, Pinsel, Feder oder Kreide und auch unter Zuhilfenahme von verschiedenen chemischen Stoffen geschieht.“

Die zweite Art der Reproduktion wird bei Vorlagen angewendet, bei welchen wegen ihrer Einfachheit eine photomechanische Anfertigung nicht dafür steht. In diesem Falle heftet der Lithograph auf die vom Zeichner angefertigte Vorlage ein durchsichtiges Pauspapier. Hierauf paust er alle Konturen und Details der Vorlage ab. Diese Arbeit geschieht mit Feder und lithographischer Tusche. Wenn die Pause fertig ist, wird sie auf lithographischen Stein abgedruckt. Ist die Vorlage mehrfarbig, wird die Pause so oft auf Druckpapier abgepaust, als die Vorlage Farben zu ihrer Anfertigung erfordert. Diese Pausen werden auf Stein oder Zinkplatten abgedruckt und der Lithograph lithographiert in diese Kopien. Die alleinige Anfertigung der Pausen ist eine rein mechanische Arbeit. Die Ausfüllung der Pausen mit den entsprechenden Schattierungen ist Arbeit des Lithographen, welche durch die Pausen vorgeschrieben und hierdurch so gestaltet ist, daß sie keinerlei eigene zeichnerischen Kenntnisse oder geistige Tätigkeit, welche einen gewöhnlichen Grad von Denkfähigkeit überschreiten würde, beansprucht.

Die berufliche Ausbildung eines Lithographen erfolgt während eines vierjährigen gewerblichen Lehrverhältnisses. Es ist nicht notwendig, daß der eintretende Lehrling sich mit einer vorausgehenden höheren Ausbildung ausweisen würde. Es genügt stets, wie bei den übrigen Handwerkern, der Besuch von Volks- und Bürgerschule.

Was die Tätigkeit der Retuscheure in den Betrieben betrifft, bemerken wir, daß die Arbeit eines Retuscheurs in diesen Betrieben jeder Gehilfe ausführen kann. Nur mit Rücksicht auf die Organisation nehmen wir nur ausgereifte Lithographen als Retuscheure auf, welche sich die notwendigen Kenntnisse im lithographischen Gewerbe nicht aneignen konnten. Um denselben einen Lebensunterhalt zu sichern, beschäftigen wir sie als Retuscheure. Wir bemerken hierbei, daß die Retuscheure in dem zwischen Arbeitgeber und Gehilfen abgeschlossenen Lohnvertrage von der Organisation der letzteren in eine mindere Gehilfenkategorie eingereiht sind.

Was weiter den Inhalt der Eingabe der Herren Z. und R. betrifft, in welchen dieselben angeführt haben, daß sie auf Stein und Zinkblech usw. nach vorgelegten Entwürfen zeichnen, stellen wir richtig, daß dieselben nicht nach Entwürfen zeichnen, sondern wie die übrigen Lithographen, wie auch von ihnen selbst angeführt, nach vorliegenden Vorlagen oder Originalen. Der Fehler ist vielleicht durch eine Verwechslung entstanden.“

Die Verfertiger dieses Protokolls haben nicht die geringste Ahnung von moderner Lithographie und ihren Anforderungen an den Lithographen! Sie sprechen dem Lithographen die Notwendigkeit zeichnerischer Fähigkeiten ab, nennen sich aber ungeniert „Kunstbetrieb“. Wo da die Kunst ist wenn nicht beim Lithographen, mag zu ergründen dem Leser überlassen bleiben. Und Leute mit solch verschrobenen Ansichten maßen sich an, dem Lithographiegewerbe einen brauchbaren, leistungsfähigen Nachwuchs heranzubilden. Auf Grund einer solchen Fremdheit gewerblicher Notwendigkeiten müßte den Unternehmern, die sich zu diesem Verband der Steindruckereibesitzer bekennen, die Berechtigung zur Ausbildung von Lithographenlehrlingen entzogen werden. Denn wer nicht anerkennt, daß ein Lithograph große zeichnerische Befähigung besitzen muß, ist vollständig außerstande, einen brauchbaren Arbeiter der Lithographie auszubilden.

Den Deutschen Steindruckereibesitzern der Tschechoslowakei folgende Stellungnahme ihrer reichsdeutschen Kollegen zur Kenntnis:

Im „Merkblatt für die Einstellung und Ausbildung von Lithographenlehrlingen“ wird unter anderem gesagt: „Durch die Vereinigung der Lithographie mit der Photographie haben sich eine große Zahl neuer Arbeitsweisen herausgebildet. Den hierdurch gesteigerten chemischen Erkenntnissen haben sich solche aus der Optik gestellt, die gute Materialkunde und geistige Beherrschung der Arbeitsmittel voraussetzt.“ „Bei Lehrlingen, die die Lithographie erlernen wollen, ist zeichnerische Befähigung unbedingte Voraussetzung.“

Wir glauben, mit diesen Hinweisen die bewußte Irreführung des Protokolls, die ganz offen beabsichtigt ist, dargetan zu haben. Wir sind nicht daran interessiert, ob die Lithographen für pensionsversicherungspflichtig angesehen werden oder nicht. Wir sind aber sehr daran interessiert und legen Verwahrung dagegen ein, daß eines kleinen Vorteiles willen, die Leistungen eines Teiles der Gewerbeangehörigen so maßlos herabgesetzt werden. Den Schaden davon hat die gewerbliche Produktion, denn ihre Erzeugnisse werden dadurch vom breiten Käuferpublikum nur noch geringer gewertet als es bereits schon der Fall ist.

XII. Kongreß des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Prag, Repräsentationshaus, 1. Stock, Zimmer 1 und 2, am 24., 25. und 26. November 1929.

Tagesordnung:

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Mandatsprüfung.
3. Wahl des Büros.
4. Festsetzung der Geschäftsordnung.
5. Bericht des Exekutivkomitees. Berichterstatter J. Roelofs (Amsterdam).
6. Tätigkeitsbericht des Internationalen Sekretariats. Berichterstatter H. Berckmans (Brüssel).
7. Finanzieller Bericht des Internationalen Sekretariats. Berichterstatter H. Berckmans (Brüssel).
8. Antrag des Exekutivkomitees wegen der Fassung des § 7 des internationalen Statuts.
9. Wahl des internationalen Sekretärs.
10. Festsetzung der in dem Exekutivkomitee vertretenen Länder.
11. Die Bedeutung und Durchführung unseres Minimalprogrammes. Berichterstatter Joh. Haß (Berlin).
12. Offset- und Tiefdruck. Berichterstatter J. Roelofs (Amsterdam).
13. Eventuelle Anträge der Landessektionen.
14. Festsetzung des nächsten Kongreßortes.

Ortsbericht.

Waldenburg-Altwasser. In der am 26. Oktober tagenden Mitgliederversammlung, welche gut besucht war, hielt Kollege Zappe einen Vortrag über die Bedeutung der Wahlen am 17. November. Eingangs betonte Vortragender, daß Reichs- und Landtagswahlen mehr Bedeutung von der Wählerschaft beigemessen wird, als den Wahlen zu Gemeinde-, Stadt- und Provinzialparlamenten. Kollege Zappe ging in seinem Vortrag aus von der Gründung der Städteordnung und zeigte die Entwicklung bis in die heutige Zeit; beschäftigte sich mit dem Vater der preußischen Städteordnung, Freiherrn von Stein, und behandelte eingehend die Aufgaben und die Tätigkeit genannter Parlamente, besonders des Provinziallandtages, welchem Kollege Zappe als Abgeordneter angehört. Der Provinziallandtag ist noch eine Hochburg der Reaktion. Aufgabe der Arbeiterschaft muß es sein, auch in dieses Parlament Vertreter hinein zu bekommen, die eine ersprießliche Arbeit für die Allgemeinheit gewährleisten. Von den Parteien, die auch jetzt wieder um die Stimmen der Arbeiterschaft buhlen, konnte treffend an einem Geschenk von dem Landesältesten der Provinz Niederschlesien, Herrn von Pritzwitz auf Kawaallen-Obernigk, an den Auszügler Hübner, anlässlich seines 90. Geburtstages und für 60jährige Beschäftigung, in Form eines Leierkastens mit drei Platten: „O du fröhliche“, „Stille Nacht“ und „Steh ich in finsterner Mitternacht“, ihr Interesse an der Arbeiterschaft gezeigt werden. Die Gemeinde wollte dem Auszügler 50 RM. als Ehrengabe überreichen! Am Schluß des Vortrages ermahnte Kollege Zappe die Kollegen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Aber nicht nur das, sondern auch den Parteien die Stimme zu geben, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten und auch zur Ausführung bringen, soweit es möglich ist. Lebhafter Beifall wurde den so trefflichen Ausführungen gezollt, mit dem Erfolg, daß fünf Kollegen ihren Beitritt zur SPD. erklärten. Nach Erledigung verschiedener örtlicher und Verbandsangelegenheiten gelangte die so interessante Versammlung zum Abschluß. B.

LITERATUR UND KUNST

Arno Holz zum Gedenken.

Der Tod hält unter der älteren Dichtergeneration reiche Ernte. Erst wenige Monate deckt die Erde die sterblichen Überreste Karl Henkells. Schon wieder haben wir den Tod eines großen Dichters zu beklagen. Arno Holz ist am 26. Oktober nach langem Siechtum, hervorgerufen durch eine schlimme Nierenkrankheit, gestorben. Die knappe Zeitungsnotiz, die uns den Tod dieses trefflichen Mannes und Kämpfers berichtete, wußte auch noch mitzuteilen, daß Holz in diesem Jahre wiederum für den Nobelpreis vorgeschlagen sei, der ihm im vergangenen Jahre versagt geblieben ist. Es ist daher eine tiefe Tragik um den Tod dieses Mannes im gegenwärtigen Augenblick, da ihm die Anerkennung für sein Lebenswerk, für seinen großen Kampf bevorstand. Zwar ist dem Dichter die Bedeutung seines Schaffens für die Entwicklung der deutschen Dichtung schon bei Lebzeiten neidlos zuerkannt worden, aber er mußte es erleben, daß andere, denen er zum literarischen Schaffen erst die Wege gewiesen, bedeutend erfolgreicher waren und daß sein Werk der großen Menge des Volkes fast unbekannt geblieben ist.

Der Name des Dichters Arno Holz ist aufs engste verknüpft mit jener Epoche der deutschen Literatur, die mit dem Worte „Naturalismus“ gekennzeichnet ist. Der Naturalismus ist die Reaktionserscheinung auf die Hohlheit und Verlogenheit der bürgerlichen Dichtung der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der naturalistische Künstler hat das Bestreben, das natürliche Leben bis in die feinsten Regungen hinein zu erfassen und seine Beobachtungen mit photographischer Genauigkeit wiederzugeben. Es ist das Verdienst der naturalistischen Bewegung, die deutsche Literatur aus ihrer seichten Platitude wieder emporgehoben und ihr neue Wege zu neuen Zielen gewiesen zu haben.

Arno Holz war der Entdecker dieser „neuen Kunst“. Man hat ihn den „Bahnbrecher der deutschen Moderne“ genannt. Andere große deutsche Dichter, wie z. B. Gerhard Hauptmann, bekennen sich gern dazu, von Arno Holz angeregt worden zu sein, neue literarische Wege einzuschlagen. Und Theodor Fontane, ein Dichter von Rang und Ruf schon zu der Zeit, da die naturalistische Bewegung noch in den Kinderschuhen steckte, bezeichnete das Schaffen Arno Holz' als den Anfang einer „literarischen Weltwende“.

Arno Holz ist 1863 in Ostpreußen geboren. Schon früh wird er nach Berlin verschlagen, wo er lange Jahre mannigfaltigen Studien obliegt. Er war erst 22 Jahre alt, als sein großer Gedichtband „Buch der Zeit“ erschien. Es waren neue Töne im Chor der deutschen Dichtung, die hier erklangen. Das Erlebnis der sozialen Not im eigenen und im fremden Leben hatte einen großen Teil der Dichtungen zu sozialen Anklagen geformt.

„Mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit, ein blutiger Frevel ist diese Zeit!“

Arno Holz kennt das Leben der Großstadt, das dumpfe Dasein der Bewohner der Mietskasernen in den Arbeitervierteln. Seine Großstadtbilder erschüttern sowohl ob des grauenhaften Elends, das darin geschildert wird, als auch ob der Wucht der Sprache, mit der diese Bilder gezeichnet sind. Aber Arno Holz begnügt sich nicht damit, die Elendsbilder zu zeichnen, die sich seiner Beobachtung in Fülle dartun. Von Mitleid erfüllt mit der leidenden Kreatur möchte er ihr den Weg weisen, der zur Freiheit führt. Das „Buch der Zeit“ ist ein großes soziales Dokument aus dem dunkelsten Abschnitt des vierten Standes in Deutschland. Langsam dämmert es, daß die Politik der unarmherzigen Machthaber der Gesellschaft sich einmal bitter rächen wird. Bald wird die heute noch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln niedergehaltene Arbeiterklasse ihre Ketten zerbrechen. Arno Holz wird zum Wortführer der stummen Masse, zum Propheten der Revolution, wenn er am Schlusse seines Gedichts „An die oberen Zehntausend“ ausruft:

„Ein neu Geschlecht, schon wetzt es seine Schwerter, Schon webt die Sonne ihm den Glorienschein, Und glaubt: Es wird kein veilchenblauer Werther, Es wird ein blutiger Messias sein!“

Nach Erscheinen des „Buches der Zeit“ ist Arno Holz lange Zeit mit ernsthaften Studien be-

schäftigt. Er sucht das Wesen der Kunst zu ergründen, die ihm auch als eine vom gesellschaftlichen Sein abhängige menschliche Bewußtseinsform erscheint. Seine epochemachende Entdeckung, die zu einer Umwälzung in der Literatur führte, war sein neues Kunstgesetz, in dem er die Behauptung aufstellte, daß die „Kunst die Tendenz habe, die Natur zu sein“. Die ersten von Holz gemeinsam mit dem Dichter Johannes Schlaf nach den Regeln der neuen Kunstanschauung geschaffenen Arbeiten erregten großes Aufsehen und wurden die Grundlagen der neuen literarischen Epoche, des Naturalismus.

Diese Seite des Holzischen Schaffens ist die eigentlich wichtige im Rahmen einer Betrachtung seiner Persönlichkeit vom Standpunkt der Arbeiterbewegung her. Arno Holz hat das geistige Rüstzeug geschaffen für eine fruchtbare Gestaltung sozialen Geschehens in Lyrik und Dramatik. Gerhard Hauptmann, der erste, der in die von Holz beschrittene Bahn eintrat, widmete sein er-

Abschied von Arno Holz.

Hans W. Fischer, der die stattliche und würdige Ausgabe der Werke von Arno Holz in 10 Bänden im Dietz-Verlag, Berlin, vorbereitet und über das Leben und Wirken dieses großen Dichters wunderbar geschrieben hat, würdigte Arno Holz an seinem Grabe unter anderem wie folgt:

Arno Holz — auch in dieser bitteren Stunde des Abschieds wissen wir: sein Werk lebt. Werk: wir sprechen mit Ehrfurcht das Wort aus, dem Arno Holz in unseren Jahren Sinn und Würde wieder gab. Denn er gehört zu den wenigen, denen es — nach Goethes Wort — „gegeben ist, einen Babelgedanken in der Seele zu zeugen, ganz, groß und in jedem Teil notwendig schön, wie Bäume Gottes“. Eben dies bezeichnet die tiefste Eigenart seines Schaffens. Die organische Folgerichtigkeit, mit der es wuchs, aus natürlichem Boden und kleinstem Keim zu immer mächtigerer Größe, vom Anfang bis zum Ende in ununterbrochenem Aufstieg, eine Entfaltung bis an die Grenze der Möglichkeit. Wir stehen vor diesem Wachstum staunend und bewundernd wie vor einem großen Naturvorgang.

Der Künstler, der so schuf, mußte selbst Natur sein. Jeder, der Arno Holz sich näherte, spürte sofort: dieser Mann ist echt bis in die Wurzel. Immer bekannte er sich zu seinem Herzen, zu seinem Hirn, zu seinen Sinnen; nichts Gemachtes war da, keine Pose, keine Halbheit, sondern in jedem Zuge der Wille zum Ganzen und Unbedingten. Er wich nicht aus der Norm, sondern steigerte sie. Das hieß ihn stets sofort das Wesentliche, in reinem Wortsinn Richtige fühlen und tun. Und so ging er seinen Weg, wachen Augens und doch wie ein blindlings Geführter, unbeirrt und unauffhaltsam, jeder Schritt vorwärts in unbetretenes Land, einem Ziele zu, das sich, zuerst nur geahnt, immer klarer enthüllte.

Wenn der junge Dichter bereits bei seinem ersten Auftreten ein neues Stoffgebiet, die moderne Gegenwart der Großstadt, erobert, wenn er sich, um die neue Wirklichkeit ganz zu durchdringen, neue Organe schuf, seine Sinne aufs äußerste schärfen und die Worte aufs feinste wägen lernte; wenn er in einem völlig natürlich gebauten Satz plötzlich, wie in einer Erleuchtung, den natürlichen Rhythmus der Sprache vernahm: so wirkten diese Entdeckungen sofort befruchtend auf die ganze zeitgenössische Literatur. Erst seit dem „Buch der Zeit“ gibt es eine Großstadtdyrik, erst seit „Papa Hamlet“ und „Familie Seltsche“, die er gemeinsam mit Johannes Schlaf schuf, einen Bühnenrealismus, erst seit seiner „Revolution der Lyrik“ und dem ersten „Phantasia“ den neuen Tonfall der gesamten modernen Verskunst. Aber für ihn waren die Errungenschaften, die von den anderen sofort übernommen und verwertet wurden, erst Beginn. Und den Weg, den er jetzt beschritt, mußte er als ein Einziger gehen und als ein immer Einsamerer, unversanden, befehdt, schließlich fast unbeachtet, immer dem großen Geheimnis auf der Spur, immer ihm näher.

Die neue Sprachform, die er gefunden hatte, zuerst scheinbar eng und nur geeignet, Eindrücke aus der Nähe genau aufzunehmen und wiederzugeben, erwies sich auf einmal als elastisch, dehnbar, geräumig. Immer mehr Inhalte fanden in ihr Platz, und indem sie sich weitete, erlangte sie immer neue, immer größere Inhalte. Und nun setzt das Phänomen ein, das sich einzig und allein bei diesem Dichter findet: das beständige Wachstum seiner Werke an Umfang und innerer Fülle. Seine Dramenreihe stieg von den „Sozialaristokraten“ über die „Sonnenfinsternis“ empor bis zum „Ignorabilismus“, in jene eiskalte Gipfelhöhe der Erkenntnis, wo selbst alle Wissenschaft fragwürdig wird. Seine Literatursatire „Die Bleichschmiede“, diese funkelnde und sprühende Verspolemik gegen alle Unnatur und Pose, wurde zur Welt satire. Selbst ein Nebenwerk, wenn auch ein echtes, wie der „Dafnis“, rundete sich üppig zu einem lyrischen Porträt, in dem ein ganzer lebendiger Mensch Raum fand. Und in immer reicherer Herrlichkeit türmt sich der „Phantasia“.

Aus diesem Leben, aus diesem Werk wird eine Kraft fortwirken, eine Urkraft, die aus dem Zufall und dem Chaos immer neu die leuchtende Form herausreißt. Vielleicht das tiefste Wort, das Arno Holz je sprach, lautet: „Gott ist nicht, Gott wird!“ Was bedeutet das anderes als die große Wandlung der Materie in die Verklärung, die an seinem Teil auch der Dichter vollzieht? Hier; bei ihm, konnten wir sie mit liebhaften Augen schauen. Und darum: Dank, Arno Holz!

An unser Volk!

Das Herz entflammt, das rote Banner schwingend,
den nackten Flamberg in der nackten Hand,
So wandern wir, von deiner Zukunft singend,
Der Freiheit Söhne, durch das Land.

Nicht deine Götter wollen wir erschlagen,
die fallen, wenn sie morsch, von selber um;
doch deine Seele soll dich blutig fragen
an unfremd Aufruhwort: Warum?

Warum du hungerst, und warum du dürstest,
warum du schweißtriefst, und warum du frierst,
warum du hündisch deinen Peiniger fürtest,
warum du frömmelst dich vertierst!

Weh, dreimal Wehe, wenn am Tag der Iden
der Keld des Zorns dann blutig überdämmt
und jener goldne Traum von einem ewigen Frieden
umfonkt geträumt!

Arno Holz (Buch der Zeit)

stes Drama „Vor Sonnenaufgang“ dem Dichterpaaar Holz und Schlaf, das damals jedoch noch unter dem gemeinsamen Pseudonym Bjarne P. Holmsen auftrat.

Die andere Seite der Werke Arno Holz, ebenso groß, ebenso fruchtbar, offenbart sich in der Komödie „Sozialaristokraten“, im „Dafnis“, einer Sammlung von Gedichten aus dem 17. Jahrhundert, in dem großen Drama „Ignorabilismus“ und in seinen zahlreichen anderen großen und kleinen Schriften, die in einer stattlichen und würdigen Ausgabe von 10 Bänden im Verlage J. H. W. Dietz, Berlin, erschienen sind.

Arno Holz ist 66 Jahre alt geworden. Seine letzten Lebensjahre waren stark verdunkelt durch sein schlimmes Leiden, das ihm auch jegliche Möglichkeit zu weiterem Schaffen nahm. Dann haben ihn auch wohl die wirtschaftlichen Sorgen stark bedrückt. Möge die Anerkennung, die seiner Persönlichkeit und seinem Werke zu Lebzeiten nicht zuteil wurde, nun ungehemmt ausgesprochen werden. Holz war ein mutiger Kämpfer für den sozialen Fortschritt, das wird ihm die Arbeiterklasse nicht vergessen, und sein Name wird fortleben als der Name eines Künstlers, der, wie es nach einem Worte Arno Holz selbst lautet, „den Mut hatte, wie jene alten Christenpriester unter die Heiden zu gehen und ihren Götzen, während die Brillenden ums Feuer tanzten, den Kopf abzuschlagen.“

H. Wilhelm.

Rundschau.

Max Ast †.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß der Kollege, Chemigraph Max Ast, auf sehr tragische Art verstorben ist. Schon länger herzleidend, kam er im April ausbrechende Streik um die Fünftage-Arbeitswoche, der in Franzisko noch tobt, ihm zu einer Kur sehr zu statten. Es zeigte sich auch wesentliche Besserung seines körperlichen Zustandes, so daß Spaziergänge wieder möglich wurden. Am 22. August unternahm er wieder einen solchen Spaziergang, von dem er jedoch nicht wieder zurückkehrte. Elf Tage waren seine Angehörigen im Ungewissen über sein Schicksal. Am 2. September wurde er dann von zwei Jungen tot aufgefunden. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Kollege Ast war stets ein treuer Verbandskollege. Fast immer Funktionär, hat er sich seine besonderen Verdienste um die Organisation der Chemigraphen im Verbands erworben. Aus dieser Werbezeit stammte auch seine Freundschaft mit dem verstorbenen Kollegen Mittendorf, der ebenfalls wesentlich zum Zusammenschluß der Chemigraphen im Verbands beitrug. Das Wirken des Kollegen Ast im Dienste der Kollegenschaft, besonders aber sein Mühen um eine straffe gewerkschaftliche Organisation der deutschen Chemigraphen sichert ihm ein bleibendes Gedenken.

Gegen den Drachen Wirtschaftsdemokratie.

Anlässlich der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie brachte die „Deutsche Bergwerkszeitung“ eine Sondernummer „Das Problem der Wirtschaftsdemokratie“ heraus. In 31 Aufsätzen kamen die aus den Reihen der Wissenschaft und der Industrie stammenden Verfasser zur Ablehnung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen. Das Problem Wirtschaftsdemokratie wurde also gewissermaßen auf den Seziertisch der Wissenschaft zerlegt und endgültig erledigt. Später ist diese Arbeit in Broschürenform erschienen. Der Verlag der DBZ. teilt jetzt mit, daß von dieser Schrift in fünf Wochen 10000 Exemplare abgesetzt werden konnten. In dem Werbeprospekt heißt es unter anderem: „Wirtschaftsverbände, Firmen, Gewerkschaften, Universitäten, Vereine, Schulen, Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens haben ihr Interesse für unsere Broschüre durch Einzel- und Massenbestellung bewiesen“. Man hat also diese Schrift zur Massenverbreitung verholfen. Wir könnten uns eigentlich freuen, daß die Unternehmer durch ihre Bekämpfung dieses Problems die Idee an sich in Erinnerung halten. Und schließlich kann es mit der Wirtschaftsdemokratie nicht so schlecht bestellt sein, wenn sie von den Gegnern bekämpft wird. Die Anstrengungen beweisen, wie stichhaltige Programme der Gewerkschaften wirken. Mit desto größerer Konsequenz müssen wir daran festhalten.

„Eine stattliche Macht“.

Auf einer Tagung des Deutschen Fleischer-Verbandes, der Organisation der Arbeitgeber, wurde auch über die „Altersfürsorge im Fleischergewerbe“ verhandelt. In diesem Zusammenhange verwies der Referent auf den Rechenschaftsbericht der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft für das Jahr 1928 und bemerkte:

„Wer den Geschäftsbericht der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge in Hamburg für 1928 gelesen, der staunt über die überraschenden Erfolge und gewaltigen Fortschritte dieser sozialen Anstalt. — Ein Versicherungsbestand von 1471140 Versicherungen über 581695279 RM., in einem Jahre ein Zuwachs von über 200 Millionen Versicherungssummen. (Für das Jahr 1929 werden sich noch bedeutungsvollere Zahlen ergeben. D.Red.), gibt allen Kreisen zu denken, wie trotz der obligatorischen Invalidenversicherung des Staates für die Arbeitnehmer, diese noch einen eigenen Versicherungsschutz für ihre Zukunft in Anspruch nehmen.“

Die Zeitung weist dann noch darauf hin, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen der deut-

schon Arbeiterbewegung, denen die für Anlagezwecke freien Kapitalien der Volksfürsorge in Form von Hypotheken zufließen, in ihrer Gesamtheit „eine stattliche Macht bilden, die sich Geltung und Einfluß erobert“. Mahnend ruft sie ihren Lesern und Anhängern zu: „Nehmen wir uns ein Beispiel an dieser Leistung der Selbsthilfe der Arbeitnehmer“.

Wir selbst kennen Macht und Bedeutung unserer Eigenbetriebe, wissen aber auch, daß noch viel, sehr viel geschafft werden muß.

Das Volkshochschulheim Dreißigacker eröffnet am 1. März 1930 einen Frauenkurs, der bis zum 30. Juni läuft. Anmeldungen sind unter Einreichung eines kurzen Lebenslaufes an die Heimleitung Dreißigacker bei Meiningen zu richten. Das Schulgeld für den Viermonatskurs beträgt, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gezahlt werden, für Thüringerinnen 35, für Nichtthüringerinnen 40 Tagelöhne. Im Minimum aber 150,— RM. einschließlich für Kost, Wohnung, Heizung und Licht. Die Reisekosten sind zur Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung erhältlich.

Der Postscheckverkehr ist sehr rasch gewachsen. Infolge der Bequemlichkeiten, die dieser bietet, erfreut er sich allgemeiner Beliebtheit. In Europa dürfte Deutschland den Postscheckverkehr am weitesten ausgebaut haben. Im März d. J. betrug die Zahl der Postscheckkunden in Deutschland 956700, Frankreich 426000, Belgien 231900, Niederlande 142200, Österreich 125400, Tschechoslowakei 101300, Schweiz 75100, Polen 58700, Italien 58300, Ungarn 43200 und die übrigen europäischen Länder 81600. Deutschland steht also von den europäischen Festländern weitaus an erster Stelle.

Ausbreitung des Postscheckverkehrs in Europa.

Die Margarinefabrikation fast ganz Europas und darüber hinaus, wird von einem Riesenunternehmen, die Margarineunion, einer holländischen Holdinggesellschaft, kontrolliert. In ihr sind die beiden Großkonzerne Jurgens und van den Bergh zusammengefaßt. Die Margarineunion Ltd. London gehört ebenfalls zu diesem Konzern. Jetzt ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach das letztere Unternehmen mit der Lever Brothers vereinigt werden soll. Die Lever Brothers ist der große Seifentruer, der die bekannte Sunlightseife fabriziert. Das Kapital dieses Trusts beträgt nicht weniger als 130 Millionen Pfund Sterling. So entsteht aus der Verbindung Margarine und Seife ein Riesenunternehmen, das auch in Deutschland starke Interessen hat.

Margarine und Seife ein Weltrust.

Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands, von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit, von Wilhelm Weitling bis Friedrich Ebert. Daß Franz Klüß diese Aufgabe in wenig mehr als hundert Seiten zu bewältigen vermag, erreicht er dadurch, daß er allen historischen Kleinram beiseite läßt und die charakteristischen Epochen der Entwicklung samt ihren treibenden Kräften scharf herausarbeitet. Unsere Jugend aber wird diese neueste Darstellung der Geschichte der großen sozialdemokratischen Bewegung besonders deshalb willkommen sein, weil sie ihnen in liebevoll gezeichneten Charakterbildern die Gestalten ihrer großen Führer nahebringt. Danach bedarf es für diese neueste Publikation des Arbeiterjugend-Verlags, die eine wertvolle Bereicherung darstellt, keiner weiteren Empfehlung.

Vom Büchertisch.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 RM., für Organisationsmitglieder 2,85 RM.

Das 10. Heft der Zeitschrift „Die Arbeit“ bringt als Leitartikel eine eingehende Untersuchung von Dr. Hans Wilbrandt „Der Arbeitslohn des Bauern“. Der Aufsatz ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen einer viel zitierten Schrift von Professor Dr. A. Münzinger, „Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft“.

Herr Professor Dr. Eduard Heimann setzt seinen bereits im Septemberheft begonnenen Aufsatz „Über Konkurrenz, Monopol und sozialistische Wirtschaft“ fort und behandelt speziell die Konkurrenz und Monopol in der sozialistischen Ordnung. Von Seiten des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes nimmt Kurt Lehmann kritisch Stellung zu einem Aufsatz von Frau Dr. Judith Grünfeld, der im Juliheft des Jahres erschienen ist. In einem Schlusswort setzt sich Frau Dr. Grünfeld mit diesen Argumenten auseinander.

In nächster Zeit kommt das Berufsausbildungsgesetz erneut zur Verhandlung. Die sorgfältige Untersuchung von Harry Wild über „Berufsausbildung und Berufsaufwuchs“. Neue Wege in der Lehrlingsstatistik, in welcher die neuesten statistischen Ergebnisse der Betriebs- und Berufszählung verwertet sind, daher auf das Interesse weiterer Kreise rechnen können. Gewerbedeputierter Dr. Ludwig Teleyk kommt in seinem Aufsatz zu bestimmten praktischen Vorschlägen, mit denen sich die Ministerien, wie die Landesarbeitsämter beschäftigen müssen. In dem zweiten Teil seines Aufsatzes „Der italienische korporative Staat“ behandelt „Italicus“ die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie die Korporationen.

Die Rundschau der Arbeit enthält diesmal nur eine Schriftenübersicht, die allerdings wichtige Besprechungen bringt, besonders auf soziologischem und juristischem Gebiet.

Sozialdemokratie und Kommunalpolitik. Von E. Woytinsky. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis 2,— RM.

Auch in den kommunalen Körperschaften geht ein unerbittlicher Klassenkampf vor sich, der der sozialen Gestaltung der Gesellschaft gleichgültig ist. Diese Broschüre leitet die Verfasserin den Leser in die Mitte der Probleme der modernen Kommunalpolitik. Von den zwei Möglichkeiten — nur theoretische Betrachtung oder Beschreibung der bereits geleisteten und der noch zu leistenden Arbeit — wurde hier die zweite gewählt. Die Schrift ist der sozialistischen Arbeit in der Gemeinde Berlin gewidmet, dieser größten Gemeinde des Kontinents, die über 4 Millionen Einwohner zählt und einen Milliarden-Etat verwalte. Es werden die Bedingungen der kommunalen Arbeit in Berlin charakterisiert. Jedes Problem wird vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus beleuchtet.

Sammelbuch der Bescheinigungen über die Endzahlungen aus der Aufrechnung der Quittungskarten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Verlag A. W. Zickfeld, Osterwieck (Harz). Preis 40 Pf.

Der Zweck dieses Sammelbuches ist: die wichtigen Bestimmungen über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarten zur Invaliden-Versicherung aufzunehmen. Das Sammelbuch tritt somit an Stelle loser Bescheinigungen, von denen leicht eine verloren gehen kann.

Dem Versicherten wird es ein bewährter und zuverlässiger Lebensbegleiter sein; statt „fliegender Blätter“ ein festes Büchlein, ans dem er einen raschen Überblick über die erworbenen Rechte gewinnt, die bei der Geltendmachung von Rentenansprüchen in Frage kommen.

Außerdem findet der Inhaber im zweiten Teil des Buches Rentenbeispiele, Beitragslisten und einen klaren, und verständlichen Auszug über die Pflichten und Rechte aus dem Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherungsgesetz. Es ist also auch ein praktischer und übersichtlicher Ratgeber in Zweifelsfällen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst. Von P. Kampffmeyer. Verlag J. H. W. Dietz Nachfgr., Berlin SW 68.

Die kleine Schrift gibt einen Überblick über die Entwicklung und die Aufgaben des Sozialdemokratischen Pressedienstes. Wie die Presse der SPD, hat sich auch ihr Pressedienst aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Trotzdem ist das gesteckte Ziel hoch. „Der Sozialdemokratische Pressedienst“ will mit seinem Nachrichtenbüro politisch und sozialkulturell wirken — aber nicht für eine Industrie-Gruppe oder für einen Klüngel von Machtpolitikern, sondern für die schaffenden Volksmassen. Entsprechend ist auch sein Betrieb. Der im letzten Abschnitt des Heftes gewährte Einblick des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ in seine Arbeit zeigt so recht deutlich die Kompliziertheit der Sammlung und Weitergabe der Pressemeldungen, ohne die eine moderne Zeitung heute nicht mehr auskommen kann.

Mitteilungsblatt der Internationale sozialistischer Alkoholgegner.

Die sozialistischen Alkoholgegner versuchen nun auch international zusammen zu kommen. Das von Frau Dr. Hildegard Weggen herausgegebene Mitteilungsblatt voll diesem Zweck dienen. Es bringt Abhandlungen über die Alkoholfrage von Carl Severing, Bernhard Shaw, Henri Vandervelde und einiger anderer bekannter Männer der Arbeiterbewegung.

Werden und Wachsen der sozialistischen Bewegung. Von Franz Klüß. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61. Illustriert, 128 Seiten. Preis broschürt 1,90 RM., gebunden 2,80 RM.

Alle in der Bildungsarbeit Tätigen müssen vielfach die Erfahrung machen, daß die jetzige Generation der Arbeiterschaft, besonders aus Jungvolk; zu wenig mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung vertraut ist. Nicht zuletzt wird diese Erscheinung darauf zurückzuführen sein, daß die sozialistische Literatur zwar über mehrere umfangreiche wissenschaftliche Bearbeitungen dieses Gebiets verfügt, daß es aber an einem allgemeinverständlichen, auch nach Umfang und Preis jedem Arbeiter zugänglichen, Abriss ihrer Geschichte bisher mangelt. Dieser Lücke in der sozialistischen Literatur will die vorliegende Schrift von Franz Klüß abhelfen, und wir zweifeln nicht daran, daß sie ihren Zweck erfüllen wird. In leichtvoller, keine Vorkenntnisse voraussetzender Darstellung, dabei ebenso hieb- und steichfest in der prinzipiellen Haltung wie zuverlässig im Tatsachenmaterial, gibt die Schrift einen Überblick über das Werden und Wachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit, von Wilhelm Weitling bis Friedrich Ebert. Daß Franz Klüß diese Aufgabe in wenig mehr als hundert Seiten zu bewältigen vermag, erreicht er dadurch, daß er allen historischen Kleinram beiseite läßt und die charakteristischen Epochen der Entwicklung samt ihren treibenden Kräften scharf herausarbeitet. Unsere Jugend aber wird diese neueste Darstellung der Geschichte der großen sozialdemokratischen Bewegung besonders deshalb willkommen sein, weil sie ihnen in liebevoll gezeichneten Charakterbildern die Gestalten ihrer großen Führer nahebringt. Danach bedarf es für diese neueste Publikation des Arbeiterjugend-Verlags, die eine wertvolle Bereicherung darstellt, keiner weiteren Empfehlung.

Volksgesundheit; Oktoberheft. Monatsschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform, Freikörperkultur. Herausgeber: Verband Vpksgeundheit E. V. Dresden-A. 1, Marienstraße 15. Schließfach 263. Bezugspreis 1,60 RM. im Vierteljahr. Einzelheft 60 Pf.

Von der „Volksgesundheit“ erscheint jetzt eine reichlich illustrierte Kunstdruckausgabe. Das neue Gewand weckt Freude am Lesen. Eine Reihe namhafter Mitarbeiter stehen ihr zur Seite, u.a. auch Dr. Friede Wolf, Stuttgart, der Verfasser des bekannten Buches „Die Natur als Arzt und Helfer“. So ist die „Volksgesundheit“ ein guter Berater in allen gesundheitlichen Fragen. Gesunde und Kranke will sie für eine vernünftige Lebensweise gewinnen. Als wichtigste Aufgabe gilt ihr die Erziehung zur Gesundheit und die Kräftigung der Menschen für den täglichen Daseinskampf.

Jeder Kollege,

ganz gleich, ob an Buch-, Stein- oder Offsetmaschine, verlange das von der Fachpresse sowie Druckerreien glänzend begutachtete

Ungers Antitrocken (gesetzl. gesch.)

um ein Eintrocknen der Farbe über Nacht auf den Walzen, Duktoren und Farbwerk, sogar Farstein und angebrochenen Böchsen, bei jedem Quantum Trockenstoffzusatz, ganz sicher zu verhindern.

Für Offset ganz unentbehrlich. Verlangen Sie Prospekt!

PAUL UNGER

Zwickau i. Sa. - Schloßbach 133.

Achtung!

Schwenningen a. N.

Vorsitzender und Auskunftserteiler: G. Schönberger, Charlottenstraße 24, p.

Fachliteratur!

Die Illustrationsverfahren

von Krüger. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis inkl. Porto und Nachnahme, in Leinen 34.— RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Zinkdruckplatten in la Lithographie-Qualität. la Auswaschfinktur Zinkätzsals D. R. P. Entsäuerungspulver, Schleifkugeln sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck. Wiener Straße Nr. 50 Feraspr. Mör. 12289

Karl Maß G. m. b. H., Berlin SO 36.